

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingetragenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. Januar 1892.

Inserte die viergespaltene Beiliste oder deren Raum 20 A. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Frivole Streiks.

Man merkt es den Aeußerungen der Unternehmerpresse an, daß wir inmitten einer niedergehenden Geschäftskonjunktur uns befinden. Sie thut ihrem Herzen gegenwärtig gar keinen Zwang an, und wären in den gesetzgebenden Körperschaften, die hier in Frage kommen, nicht überall Sozialdemokraten als Hüter der Arbeiter-Interessen vorhanden, wir dürften sicher sein, die Gesetzgebungsmaschine würde ... affenartiger Geschwindigkeit mit den kümmerlichen Resten des Vereins- und Koalitionsrechtes aufräumen, um so wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete die Arbeiter wehrlos den Unternehmer-Koalitionen preiszugeben. Putzianer's Geist, der hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ erblickt, geht heute noch, ein moderner Banquo, in der preussischen Regierung um, und es bedurfte wirklich nicht der Herrfurth'schen Verfügung an das Berliner Polizeipräsidentium, gegen den Buchdrucker-Verband einzuschreiten und ihm sogar das Erheben von Streikbeiträgen von den eigenen Mitgliedern zu verbieten, um die Arbeiter noch einmal darüber zu vergewissern, daß die Unternehmer in dieser Hinsicht von der Regierung jede Unterstützung erwarten dürfen.

Zum Glück genügt die bloße Anwesenheit der sozialdemokratischen Arbeitervertreter, Regierung und Ausbeuterthum von weiteren gesetzgeberischen Zwangsschritten abzuhalten. Die Kritik und Brandmarkung der Unternehmerrhabducht und des Fabrikanten-Terrorismus und die Kennzeichnung, wie die Regierung sich daneben verhält, schlägt doch zu große Wähler in die Theorie der arbeiterfreundlichen Regierung des „neuen Kurzes“ und der zur Sozialreform bereiten Unternehmerklasse. Da verzichtet man lieber auf neue Gesetzgebungen: kann man doch die vorhandenen bis an die äußerste Grenze des Zulässigen ausnützen. In dieser Hinsicht ist der Buchdruckerstreik für die Arbeiterklasse eine lehrreiche Warnung. Und angesichts dessen ist es gerade belustigend zu sehen, wie da eine Handvoll „radikaler Jungen“ sich plöblich in der Phase herauschen, die Arbeiterklasse müsse auf jeden politischen Kampf verzichten, sie müsse ihre ganze Kraft auf die Gewerkschaftsbewegung werfen, große Streiks brächten die Gesellschaft aus Rand und Band, ans ihnen wachse die Lösung der sozialen Frage. Große Streiks! Die Fabrikanten ließen sich's was kosten, wenn heute die deutschen Bergarbeiter und die in der Eisenindustrie zc. beschäftigten Arbeiter zu einem Ausstand provoziert werden könnten. Große Streiks — ohne Koalitionsfreiheit, dafür aber Polizei und Soldat: in für die Unternehmer! Sei! wie würde das rauchlose Pulver Wunder thun, wenn es zu Zusammenrottungen und Zusammenstößen mit den erbitterten Arbeitern käme, und das 7 Millimetergewehr würde die Gewerkschaftsorganisationen auf Jahrzehnte hinaus auf der Strecke lassen!

Freilich, die deutsche Arbeiterklasse ist

nicht so dumm, auf diese Münchhausen-Ideen einzugehen, sie weiß, daß sie auf dem politischen Kampfboden die Waffen zu schwingen hat für die endgiltige ökonomische Befreiung, und daß sie daneben auf dem gewerkschaftlichen Boden sich organisieren muß, um sich zum Widerstande zu stärken gegenüber den Ver suchen der Unternehmer, ihre Lage formwährend zu verschlechtern und sich zu stärken zum Kampf für die langsamen Verbesserungen verkürzter Arbeitszeit und besserer Löhne. Und eines dieser Kampfmittel ist der Streik, eine unter Umständen kräftige, weitreichende Waffe, niemals aber darf er Zweck des Kampfes, Zweck der Organisation sein!

Frivole Streiks! Gibt es denn solche? Sind denn nach unserer Auffassung nicht alle Streiks berechtigt? Ja und nein? Faßt man nur die Forderungen der Arbeiter in's Auge, das Vischen Mehrlohn und die Arbeitszeitverkürzung — gewiß, dann sind alle Streiks berechtigt. Anders aber sieht die Sache, wenn man betrachtet, daß jeder Streik seine Rückwirkung auf die ganze Arbeiterklasse ausübt. Dann ist jeder Streik frivol, der unternommen wird unter Außerachtlassung dieses Gefühls der Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterklasse, der unternommen wird ohne gewissenhafte Prüfung und Abwägung der für den Kampf erforderlichen Kräfte und Mittel und der dem Gegner zur Verfügung stehenden Mittel, der unternommen wird ohne Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage oder unternommen wird von einer kleinen bloß zum Zweck eines Streiks schnell zusammengerafften Organisation, die nach dem Kampf wieder auseinanderläuft. Alle diese Fälle kommen vor, aber sie vermindern sich in dem Maße, als die Macht der Organisation wächst, als die Möglichkeit der Organisation steigt und polizeiliche Knechtung und Bevormundung der Arbeiter eingeschränkt werden. Und zum Lobe der deutschen Arbeiterbewegung darf man es aussprechen, daß solche Streiks bei uns nur in ganz verschwindender Ausnahme vorkommen.

In den Augen der Unternehmer, freilich, da ist jeder Streik frivol, und die bestvorbereiteten und besonders die von den Arbeitern gewonnenen, das sind die allerfrivolsten!

Wir sagten oben, man merke es der Unternehmerpresse an, wie angesichts der schlechten Geschäftszeit den Unternehmern der Kanon gegen die Arbeiter geschwollen sei. Die „Eisen-Zeitung“ z. B. bringt in der vorletzten Nummer einen Artikel über dies Thema, in dem sie ganz unberührt ihre innersten Wünsche verrät. Die ganze Heuchelei der Sozialreform, die verbissene Wuth gegen die Streiks, welche die Forderungen und Klagen der Arbeiterklasse nicht kurzerhand, so wie die „Eisen-Zeitung“, mit dem Dreschkegel des Unternehmer-Interesses niederknuppeln, tritt zu Tage in den Einleitungsworten gegen die paar, ach so harmlos-lauwarmen, deutschen Pro-

fessoren und Beamten, welche die brutalsten Auswüchse des Kapitalismus mit Säbeln und Pfästerchen hinwegschmieren zu können hoffen. Da heißt es mit öhnlischem Aerger:

„Die Karthederwelsheit hat sich längst auch der wirtschaftlichen Fragen bemächtigt. Sie untersucht z. B. unter anderem die Ursachen der Streiks und müht sich ab, Mittel zur Abwehr derselben zu finden. Und worin bestand das Heilmittel der Klugen und Klügsten? Wo Rauch ist, da müsse Feuer sein, so sagten sie. Wollte man also den Rauch entfernen, so müsse man seine Ursache, nämlich auch das Feuer löschen. Auf die Streiks angewandt, besagt das: Wo ein Streik ist, da ist Unzufriedenheit, und wenn die Unzufriedenheit die Ursache des Streiks ist, so mache man doch die Leute zufrieden. Das Mittel ist also sehr einfach. Die soziale Gesetzgebung hat seine Anwendung in den letzten Jahren so vielfach versucht, daß eigentlich jedem Streik radikal abgeholfen sein müßte.“

Leider, höhnt sie weiter, sei Jeder unzufrieden, sogar der Millionär, der noch mehr zusammenhamstern wolle, die natürliche Unzufriedenheit der Menschen sei überhaupt ihre größte Schwäche. Nebenbei: sonst behaupten diese kapitalistischen Soldknechte der Feder doch immer, diese Unzufriedenheit sei der stärkste Hebel des Fortschritts, und die Forderungen des Sozialismus seien um deswillen widersinnig und wider natürlich, weil jeder Trieb des Fortschritts wegfiere, wenn alle Menschen eines gewissen Wohlstandes, gewisser Zufriedenheit sich erfreuten.

Die „Eisen-Ztg.“ findet natürlich als Streikursachen „in erster Linie die gewerksmäßigen Streikheger“! Es ist das zwar ein alter, wohl bekannter Hundertmal frisch aufgeputzter Ladenhüter, aber er wird immer wieder ausgebaut. Und gegenwärtig hat ein strebsamer Dr. Karl Walder in München eine Broschüre zusammengeschmiert über „Verhütung und Beilegung von Streiks“, die für die profitungrigen Patrone der „Eisen-Zeitung“ selbstverständlich gefundenen Fressen ist, denn er meint,

„es wäre nur gerecht, wenn die Urheber frivoler Streiks (die „gewerksmäßigen Streikheger“ der „Eisen-Ztg.“) zivil- und strafrechtlich belangt werden könnten. In der Regel werden sie zu unbemittelt sein, um mit Erfolg zivilrechtlich belangt werden zu können. Es gibt indessen Ausnahmen. Man denke z. B. an einen feinkleinen Fabrikanten, der die Arbeiter seines Konkurrenz zu Vertragsbrüchen oder zu frivolen Streiks aufhegen läßt oder — Nein, das ist für die „Eisen-Zeitung“ zu viel. Schon der Gedanke, daß ein Fabrikant so was thun könnte, veranlaßt sie zu folgendem Entrüstungsschrei: „Anstatt ein theoretisches Beispiel zu konstruieren, hätte der Verfasser zweckmäßiger sich wohl an Thatsächlichkeiten gehalten. Unseres Wissens ist kein einziger solcher Fall bekannt.“

Die unschuldige „Eisen-Ztg.“, wie gut ihr diese naive Unwissenheit steht! Eine alte Courtisane kann nicht sitzamer über platonische Liebe plaudern! Die „Eisen-Ztg.“ weiß gar nicht, wer eigentlich den letzten großen Bergarbeiterstreik angezettelt hat. Und ihr ist auch gar nicht bekannt, daß die Leipziger Buchdruckerprinzipale mit wohlüberlegter Absicht durch Massen-Entlassungen über 500 verbandstreuer Zeiger den Ausbruch des jetzigen Buchdruckerstreiks provoziert haben. Von anderen Fällen wollen wir gar nicht reden, es ist ja selbstverständlich, daß die „Eisen-Ztg.“ solche Fälle nicht kennen darf, wenn sie dafür plaidieren soll, daß die Urheber, die Verursacher, die Provokanten der Streiks gerichtlich bestraft werden sollen. Die Opfer der fabrikanthlichen Provokationen, die Arbeiter, gemäß — in's Zuchthaus mit ihnen, für die Kühnemänner, Körring und die übrigen Könige der schwarzen Listen aber — das allgemeine Ehrenzeichen!

Wie sich der Verfasser jener Broschüre und die „Eisen-Zeitung“ die Bestrafung „frivoler Streikheger“ denken, ist höchst gleichgiltig, an eine Realisation dieser feig-brutalen Pläne ist Dank der politischen Energie der Arbeiterklasse nicht zu denken, und daß unter den Arbeitern auch nur ein Einziger das Gewäch dieses Unparteilichen ernst nimmt, das ist ausgeschlossen. Glaubt der Herr Doktor doch allen Ernstes, davon reden zu dürfen, daß „große, vielgelesene, einflussreiche Zeitungen seit Jahrzehnten eine wahrhaft arbeiterfreundliche Haltung eingenommen haben, gerechte Streiks und Forderungen der Arbeiter moralisch, vielleicht (!!) auch durch Geldsammlungen unterstützt haben.“ Das ist so albern aufgeschnitten, daß man darüber nicht einmal lachen kann, das ist einfach langweilig und bornirt. In Deutschland weiß es jedes Kind, daß es solche Blätter nur bei der — Sozialdemokratie gibt! Und das sind gerade die +++ gewerksmäßigen Streikheger der „Eisen-Ztg.“

Da ist es doch viel hübscher, den Stoßseufzer der „Eisen-Ztg.“ zu hören, mit dem sie diese Vorschläge begräbt:

„Der Herr Verfasser glaubt hiermit gewiß eine große That gethan zu haben. Wir fürchten nur, daß unter dem allgemeinen Stimmrecht sich kein Reichstag finden wird, der frivoles Streikhegen zu bestrafen geneigt wäre. Hat man doch immer nur den Schaden, den die Arbeitgeber erleiden, im Auge, und darum kümmert sich heute kein Richter; im Gegenteil, die Arbeitgeber sind die Ausbeuter, die Arbeiter sagen es, folglich muß es wohl wahr sein. In unserem jetzigen Sturz ist es also etwas Selbstverständliches, wenn ab und zu die Arbeitgeber recht tüchtig geschädigt werden.“

Das heißt man wenigstens mit naturwüchsiger Treue die Dinge auf den Kopf stellen, aber dieser Wuthfrei ver-

höht einem mit der Albernheit des Geschwäges über die „frivolsten Streiks“ nach fabrikantischer Auffassung, und ist ein wohlverdientes Kompliment an die deutsche Arbeiterklasse. Hoch diese „frivolsten Streiks.“

Katheder-sozialistische Noth- behilfe und ultramontane Zu- geständnisse.

II.

Dem jämmerlichen Nothbeihilf des Herrn Professor Dr. Wagner gegenüber, welchen derselbe als Krone aller sozialpolitischen Weisheit proklamirt, bleibt seinen ultramontanen Gegnern nichts weiter übrig, als sich in die Arme der sozialdemokratischen Kritik unserer Gesellschaftszustände zu werfen. Die freiwillige Unfruchtbarkeit der Ehe, wie sie Wagner fordert, sei, so sagen sie in einem langen Artikel, der durch die ultramontane Presse geht, durchaus nicht notwendig. Die Ueberwältigung der Gegenwart sei gar keine Ueberwältigung, das heißt, sie sei nur eine relative, und entspringe daraus, daß die sozialen Verhältnisse so schlecht geordnet seien, und diese überaus fehlerhafte Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzeuge wirtschaftliche Noth durch Arbeitsmangel oder zu geringen Lohn. Ein Ueberfluß von Arbeitskräften sei gar nicht vorhanden, sondern die Art, wie die liberale Kapitalistenwirtschaft die Arbeitskräfte verwende, sei durchaus fehlerhaft. Einerseits würden die Arbeiter durch Ueberarbeit fast erdrückt, andererseits werde der Männerarbeit die billigere Frauen- und Kinderarbeit vorgezogen und dadurch natürlich Mangel an Arbeit für die Männer verschuldet. Das sei aber bei Weitem noch nicht Alles. Auch die zeitliche und räumliche Verteilung der Arbeit sei eine ganz unverständige und unwirtschaftliche. In der sogenannten Saison sei die Nachfrage nach Arbeitskräften übergroß, während sobald die Saison vorüber ist, zu viel Angebot an Arbeitskräften und zu wenig Arbeit vorhanden sei. In die großen Städte und zur industriellen Arbeit drängten sich die Arbeitskräfte im Uebermaß, während sie auf dem Lande für die ackerwirtschaftliche Arbeit überall fehlten.

Auch in der Industrie, ebenso wie im Verkehr, würden die Arbeitskräfte viel mehr als gut und nötig im Dienste des Luxus verwendet, und dieser werde vornehmlich hervorgerufen durch übermäßigen Reichtum und den Gewinn, der nicht durch produktive Arbeit erworben werde, sondern durch Spekulation und Ausbeutung der Arbeitskräfte vieler Volkskreise. Durch diese Arbeit für den Luxus werde die Arbeit der Produktion und Herbeischaffung der notwendigen Lebensmittel und der Beschaffung guter Wohnungen entzogen, und die Ausbeutung der Arbeit bedinge den zu geringen Lohn.

Die Verkehrtheit und Schädlichkeit der herrschenden Wirtschaftsweise wird so von den Herren Ultramontanen gar nicht übel gekennzeichnet. Fataler Weise haben die frommen Herren noch niemals etwas Wesentliches dazu gethan, dieses Produktionsystem, dessen Unordnung und Unwirtschaftlichkeit sie so gut kennen, zu ändern und zu bessern, und in der Ausbeutung der Arbeitskräfte im Allgemeinen, der Frauen- und Kinderarbeit im Besonderen, — in der Ueberanstrengung der Arbeitskraft durch zu lange Arbeitszeit, — in der schlechten Löhnung der Arbeiter u. s. w. geben die ultramontanen Arbeitgeber weder den Konservativen, noch den Liberalen irgend etwas nach. Und wie die einzelnen Mitglieder der herrschenden Klassen, welche zu der Zentrums-Partei und deren Trösse gehören, so erweist sich auch die Partei selbst als ganz und gar auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise stehend und

verharrend. Die Enttäuschung dieser Herren über die schlechte Ordnung und die Verbesserungsbedürftigkeit der sozialen Verhältnisse steht nur auf dem Papiere. Leicht beleinanden können die kerklichen Gedanken der Ultramontanen und der Sozialdemokraten, doch hart im Raume der parlamentarischen Körperschaften stoßen sich die praktischen gesetzgeberischen Bestrebungen der beiden Parteien. Beseitigung aller Ausbeutungsmöglichkeit durch Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz, das ist das klare und unzweideutige Ziel, dem die Sozialdemokratie sowohl in der Theorie wie in der Praxis zustrebt; Schutz des kapitalistischen Privateigentums um jeden Preis, dieses ist die Hauptaufgabe, welcher die Partei der katholischen Kleriker in der Praxis auf das allerraffinirteste dient, während sie sich bemüht, in der Theorie volksthümlich und arbeiterfreundlich zu schillern und das Arbeitervolk durch die denkbar unbedeutendsten Zugeständnisse für die Duldung fernerer Ausbeutung zu gewinnen.

Neuerst angenehm für uns ist es indessen, daß die guten Leute, so schlau sie auch sonst sein sollen, oft genug ein wenig zu weit gehen in ihren sozialpolitischen Zugeständnissen, und allerlei ausplaudern, was Wasser auf unsere Mühlen liefert. So geschieht es z. B. noch an einer anderen Stelle jenes Artikels, in welchem sich einer der Hauptmitarbeiter der ultramontanen Presse Deutschlands gegen den christlich-sozialen Professor Dr. Wagner kehrt. Im Eifer seines Bemühens, den Kathedermann zu widerlegen, der nichts weiter zur Errettung des deutschen Volkes aus seiner Verarmung als letztes und bestes Mittel zu empfehlen weiß, als freiwillige Unfruchtbarkeit der Ehe, und dabei das vergißt, was die Ultramontanen anpreisen als letzte Rettung, die Kirche und ihre angeblich so großartigen Heilmittel, — räumt er ein, daß Deutschland sehr wohl in der Lage wäre, so viel Nahrungsmittel selbst zu produzieren, als es für die Gesamtheit seiner Bewohner bedarf.

Wagner hatte behauptet: „Trotz alledem und alledem wird sich eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in dem Maße nicht erzielen lassen, wie die rapid wachsende Bevölkerung des deutschen Vaterlandes sie erheischt.“

Dem gegenüber entschläpft jenem das Geständnis, es sei im Gegentheil sehr wohl möglich, daß Deutschland die notwendigen Lebensmittel selbst hervorbringe; einmal gebe ja auch Wagner zu, daß, wenn nur die Mehrzahl der deutschen Landwirtschaftsbetriebe auf der Höhe der schon gegenwärtig erreichbaren Leistungsfähigkeit sich befände, sie zur Deckung des Gesamtbedarfes an Brodtrorn sehr wohl im Stande sein würden, außerdem aber könne die Leistungsfähigkeit des Bodens jedenfalls noch ganz erheblich gesteigert werden. In Frankreich sei z. B. gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Ertrag eines mit Weizen besäten Hektars Land auf 7—8 Hektoliter angeschlagen worden; in den siebenziger Jahren dieses Jahrhunderts aber habe der Ertrag des Hektars durchschnittlich 13 Hektoliter, und schon 1882 mehr als 17 Hektoliter betragen.

Eine beträchtliche Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens sei dementsprechend auch in Deutschland möglich, und zwar eine derartige, daß das gesammte Volk ernährt werden könne, auch wenn gar kein neuer Boden mehr zur Behauung herangezogen würde. Damit haben die Ultramontanen zweifellos recht — sie sagen jedoch, wie sie das fast immer zu thun pflegen, nur einen Theil der Wahrheit.

Diejenigen Leute, welche verschulden,

daß die Landwirtschaft in Deutschland dem deutschen Volke die Nahrungsmittel in ungenügender Menge und zu sehr viel zu theuerem Preise liefert, sind, wie erst vor Kurzem der Konservative, aber ehrliebe Sozialist Dr. Rudolf Meyer in der sozialdemokratischen „Neuen Zeit“ konstatierte, die Großgrundbesitzer, welche lebhaft zu dem schamlos egoistischen Zwecke abstrichlich zu wenig Getreide produzieren, um für das Getreide die hohen Preise zu erhalten.

Die Großgrundbesitzer also sind die feigen Menschen, denen ein sehr empfindlicher Theil des herrschenden Glanzes auf's Skonto zu schreiben ist. Die Großgrundbesitzer aber gehören in gar nicht unbeträchtlicher Zahl zur ultramontanen Partei, und deswegen sprechen die Ultramontanen auch da, wo sie dem der andern christlichen Konfession angehörenden Kathedersozialisten gegenüber aus der Schule schwagen, nur von der Leistungsfähigkeit des Bodens und von der Unordnung des liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems in der Industrie und schweigen vorsichtig von dem bösen Willen und der verbrecherischen Selbstsucht der Großgrundbesitzer.

Diese Unterlassung auch bei dieser Gelegenheit zu konstatieren, war unsere Sache.

Der internationale sozialistische Arbeiter-Kongress von 1893.

Nachdem sowohl die Ende Oktober letzten Jahres in Luzern stattgehabte Delegirtenversammlung des Grütlivereins als der Ende November in Olten versammelte sozialdemokratische Parteitag ihren Komitee's den Auftrag erteilt, gemeinschaftlich mit dem Gewerkschaftsbund die Vorbereitungen zum internationalen Kongress des Jahres 1893 beförderlich in die Hand zu nehmen, hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres die beiden Komitee's auf h. Vormittag zu einer Konferenz nach Zürich eingeladen, um die einleitenden Schritte zur Organisation des nächstjährigen internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses zu thun.

In dieser Konferenz ergab sich eine höchst erfreuliche Uebereinstimmung der Ansichten über das, was zunächst zu thun sei.

Was den Kongressort betrifft, so war man einstimmig für Zürich. Die Berner Genossen insbesondere erklärten, daß sie nie daran gedacht hätten, mit Zürich ernstlich konkurrieren zu wollen. Es ist freilich richtig, daß, wie Bern eine spezifisch schweizerische Stadt ist, so auch die dortige städtische Arbeiterbewegung einen durchaus schweizerischen Charakter hat, und insofern wäre es gewiß für unsere ausländischen Genossen von Interesse gewesen, auf Berner Boden zum nächsten internationalen Arbeiterparlament zusammenzutreten. Auch der Umstand, daß Bern als Bundesstadt und Sitz der Landesbehörden (inkl. Generalanwalt) die beste Gelegenheit geboten hätte, den leitenden Kreisen unseres Landes die „rothen Revolutionser“ einmal in Bern zu zeigen, hätte zu Gunsten dieses Ortes in's Gewicht fallen können. Allein alle praktischen Momente — und auf die kommt es in dieser Frage ja allein an — sprachen für Zürich, das nun einmal nicht bloß in der Schweiz, sondern in ganz Europa als Vorort der Demokratie gilt, vielen unserer Genossen aus allen Ländern aus ihren Lehr- und (freiwilligen oder unfreiwilligen) Wanderjahren persönlich bekannt und lieb ist, die stärkste Arbeiterbewegung unseres Landes besitzt, einen durchaus internationalen Charakter trägt und über die meisten Sträfte verfügt, die nun einmal nötig sind, um einen internationalen Kongress richtig zu organisieren und durchzuführen. Wenn

wir unsere Genossen darum nach Zürich einladen, so verbinden wir damit zugleich den Gedanken der Revanche für das gegen den s. Z. nach Zürich einberufenen internationalen Kongress erlassene Verbot und beweisen so unseren Genossengenossten von nah und fern, daß jene Zeiten vorbei sind und unsere Ideen feither also auch in der Schweiz Fortschritte gemacht haben.

Und da das Sprichwort sagt: Kein Geld, kein Schweizer, haben wir auch gleich an die Beschaffung der Geldmittel gedacht, die so ein Kongress verlangt. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hatte bereits ein provisorisches Budget aufgestellt und zugleich auf Mittel und Wege Bedacht genommen, die nöthigen Summen aufzubringen. Sein Vorschlag, zu diesem Zwecke Marken herzustellen und durch die verschiedenen Arbeitervereine unseres Landes vertreiben zu lassen, fand allgemeine Zustimmung.

In Betreff der Zusammensetzung des Organisations-Komitee's des Kongresses wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, je 5 in Zürich wohnende Mitglieder jedes der drei Zentralverbände in dasselbe zu wählen, und am Ende dieser Woche werden sich diese 15 Mann konstituieren, um sich dann sofort den Genossen des In- und Auslandes durch einen Aufruf vorzustellen. Aus den betreffenden Namen wird man ersehen, daß die Organisation des nächsten internationalen Arbeiterkongresses in zuverlässigen Händen liegt, welche volle Garantie bieten für tüchtige, gewissenhafte Arbeit.

Was schließlich die Ausführung des Beschlusses des Brüsseler Kongresses, betreffend das internationale Arbeiter-Sekretariat, betrifft, so wurde, wiederum einstimmig, der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes, rein der Sekretär desselben, bis auf Weiteres mit dieser Mission betraut.

Endlich benutzte man den günstigen Anlaß noch dazu, eine einheitliche Organisation der diesjährigen Maidemonstration zu inszenieren, um einen möglichst imposanten Verlauf und nachhaltigen Erfolg derselben zu sichern. Mit der Ausführung der hierzu gehörigen Anordnungen wurden die Berner betraut, deren vor einem und zwei Jahren bewiesene Energie uns für einen kräftigen und geschickten Vorzug bürgt.

Unsere Genossen mögen daraus ersehen, daß wir Schweizer in der That, wie wir sowohl in Paris als in Brüssel je und je einheitlich aufgetreten, auch bei der Organisation des nächstjährigen Kongresses einträchtig zusammenarbeiten gewillt sind, um so viel an uns liegt, trenn mitzuwirken an der endlichen Befreiung der Völker aus der Sklaverei des Kapitalismus.

St. Gallen, 11. Januar 1892.

Paul Brandt.

Aus der Schweiz.

Ueber die Lage der schweizerischen Maschinen-Industrie im Jahre 1890 äußert sich der soeben veröffentlichte Bericht des „Reichsinschweizer. Maschinenindustrieller“ recht befriedigend. Die Maschinenindustrie war demnach nicht nur sehr gut beschäftigt, sondern sie hatte unerlebte Aufträge im Ueberflusse, und damit ihre Produktionsfähigkeit auf mehrere Monate bis zum nächsten Herbst ausspannen. Auch liefen im ersten Halbjahr noch immer zahlreiche Aufträge von Belang ein, im zweiten Halbjahr dagegen gingen dieselben an sich zu mindern und namentlich die Aufträge auf große Installationen wurden spärlicher. Als Ursachen, welche zu der unerwartet raschen Verflüchtigung der günstigen Geschäftslage führten, werden bezeichnet zunächst eine gewisse Sättigung des Bedarfs, dann der kontinuierliche und zeitweise rapide Rückgang der Preise der Rohmaterialien und schließlich die wenig

zuverlässige Lage des Geldmarktes seit den Verlegenheiten des Londoner Marktes. Die Maschinenindustrie hat im Berichtsjahre einen Gesamtexport im Werte von 22 411 487 Frs. gehabt, d. h. 1 753 772 Frs. mehr als im Vorjahre. Von diesem Mehr entfällt ungefähr die Hälfte auf die Rubrik „Webstoffe und Webmaschinen und der Rest auf den allgemeinen Maschinenbau, Mühlen und landwirtschaftliche Maschinen- und Dampfessel. Vier Fünftel der Exportzunahme fallen auf Deutschland, der größte Theil des Restes auf überseeische Länder. Rückläufig ist der Export nach Frankreich, Italien und Rußland. „Bezüglich Frankreichs“, heißt es im Bericht, „ist diese Thatsache um so auffälliger und betrüblicher als wir nach den glänzenden Erfolgen an der Pariser Ausstellung mit Recht gehofft hatten, in diesem Lande nun doch festen Fuß fassen zu können.“

Der Import von Maschinen betrug 18 155 179 Frs., um 4 706 277 Frs. mehr gegenüber 1889. Davon entfällt weitaus der größte Theil auf Deutschland. Im Jahre 1885 hielten sich Export und Import im Verkehr mit Deutschland noch die Wage, nun beträgt der Import aus Deutschland 11 614 707 Frs. und der Export nach Deutschland 7 070 678 Frs. Der Import hat also zugenommen um 6 583 626 Frs., der Export nur um 1 884 520 Frs.

In dem besondern Bericht über die Lokomotiv-Fabrikation wird ausgeführt, daß 1889 bereits das Jahr 1890 mit festen Bestellungen ausgefüllt gewesen sei. Es wird dann mit hoher Befriedigung konstatiert, daß nicht nur für 1891, sowie auch für 1892, sondern für einen großen Theil von 1893 feste Aufträge schon vorhanden seien und daß alle disponiblen Kräfte angestrengt werden müssen, um sämmtlichen Anforderungen gerecht werden zu können.

Die Bestellungen stammen in der Hauptsache von einigen größeren schweizerischen Eisenbahngesellschaften, sowie von neuen Gebirgsbahnen und nur einige Lieferungen sind für ausländische Bahnen bestimmt.

Die erzielten Preise werden als günstig und ziemlich höher als im Vorjahr bezeichnet, obgleich die Materialpreise, namentlich diejenigen der großen deutschen Bezugsquellen etwas zurückgegangen sind. Dagegen seien andererseits die Arbeitslöhne in weit erheblicherem Maße gestiegen, was eine nicht unwesentliche Preissteigerung des fertigen Fabrikats zur Folge haben mußte. Einige Sätze weiter unten heißt es jedoch im Gegensatz hierzu, daß „die Löhnungen im Allgemeinen dieselben geblieben sind“, jedoch ihre Tendenz eine entschieden steigende ist. — Welche Behauptung ist nun wahr? Nach unserer Kenntniß der Verhältnisse sind beide Behauptungen unrichtig. Die Löhne in der Lokomotivfabrik Winterthur sind 1890 anlässlich einer Lohnbewegung um ein Geringses erhöht worden — das ist die Wahrheit.

Im Gegensatz zum Bericht der Maschinen-Industriellen, die keinen positiven Erfolg durch die Pariser Ausstellung in Frankreich errungen zu haben behaupten, führt der Bericht der Lokomotiv-Fabrikation aus, daß die tatsächliche Besserung 1890 „nicht zum geringsten Theil dem Einflusse der Pariser Weltausstellung zu verdanken sei, wo die schweizer. Maschinen-Industrie durch ihre hervorragenden Leistungen Besucher und Käufer angezogen hat.“ Speziell auf die Weberei hat auch der Aufschwung der elektrischen Branche einen günstigen Einfluß ausgeübt, indem die vielen Neuanlagen bedeutende Ansprüche an sie stellten.

Unter Anderem wird auch an die Einsicht der Arbeiter appelliert, „daß es für ihre eigene Existenz so gut wie für die-

jenige des Fabrikanten notwendig ist, daß beide einträglich miteinander sich der ausländischen Konkurrenz erwehren, wenn sie nicht an ihrer Lebensfähigkeit einbüßen wollen.“ — Die Erhaltung und Steigerung ihrer „Lebensfähigkeit“ erblicken die organisirten Metallarbeiter der Schweiz jedoch kaum in der „Harmonie“ mit dem Kapital, sondern in der Bedung und Förderung des internationalen Solidaritätsgefühls gegen das internationale Kapital. Damit wird auch das Problem der Abwehr „ausländischer Konkurrenz“ gelöst werden.

Zur Agitation:

Wie aus der Bekanntmachung des Vorstandes in voriger Nummer ersichtlich, weist unser Verband nach fünfmonatlichem Bestehen bereits eine stattliche Anzahl von Verwaltungsstellen und Mitgliedern auf. Es ist damit jetzt schon die Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit des Verbandes, welche von den verschiedensten Seiten angezweifelt wurde, konstatiert. Diese Thatsache ist geeignet, alle diejenigen, welche zu diesem Resultat beigetragen haben, mit Befriedigung zu erfüllen.

Damit wollen wir aber nicht etwa sagen, daß an unserer Organisation nicht noch Manches zu verbessern sei, denn keine menschliche Schöpfung ist vollkommen. In welcher Richtung Verbesserungen zu schaffen sind, wird erst nach einem längeren Zeitraum zu beurtheilen möglich sein. Vorerst wird unsere Hauptaufgabe darin bestehen müssen, die Agitation für den Verband intensiver als bisher zu betreiben. In dieser Beziehung steht uns ein weites Feld offen, das nur beachtet zu werden braucht, um reiche Früchte zu tragen. Es sind noch eine Menge sehr bedeutender Orte in Deutschland vorhanden, wo wir keine Verwaltungsstelle besitzen. Die Zahl der kleineren Orte, wo es möglich sein wird, Organisationen zu schaffen, ist dagegen noch viel größer.

Nun wird uns Mancher sagen, daß zur Agitation Geld und wieder Geld erforderlich sei, und der Verband besitze augenblicklich solches nicht, um eine ausgedehnte Agitation betreiben zu können. Dieser Einwand hat ja vielleicht eine gewisse Berechtigung, denn der Verband hat ohne Zweifel eine schlimme Jugendzeit durchzumachen; abgesehen davon, daß er von Anfang an gleich eine Anzahl schwerer Verpflichtungen zu erfüllen hatte, kommt die herrschende flauere Geschäftslage hinzu, welche die Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Die Summen, welche der Verband bisher nur allein an Wanderunterstützung zahlte, sind bedeutend, in den ersten Monaten waren sie unverhältnißmäßig hoch. Wir glauben aber aus verschiedenen Anzeichen schließen zu dürfen, daß in dieser Hinsicht das Schlimmste hinter uns liegt.

Wie die finanziellen Verhältnisse des Verbandes gelagert sind, ist natürlich nicht ohne Weiteres aus den monatlichen Rechnungen des Vorstandes zu ersehen, dies wird erst aus der Gesamtrechnung, aus der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben in den sämmtlichen Verwaltungsstellen vom 1. August bis 31. Dezember, welche in einigen Monaten erscheinen wird, möglich sein. Und da glauben wir mit gutem Grund sagen zu können, daß der Verband keine Unterbilanz aufzuweisen haben wird. Denn es kommt uns so vor, als ob manche Ortsbeamte sich nur schwer von dem „Nanon“ trennen können und deshalb mehr dieses „nothwendigen Uebels“ am Orte liegen lassen als nöthig ist. Der Hauptkoffe aber würde es wohl thun, wenn ihr alle verfügbaren Mittel zuzuführen wüßten; wir sind überzeugt, daß dann mit einem Schlage nicht nur alle vorhandenen Verbindlichkeiten, welche der

Verband begreiflicher Weise noch hat, gedeckt werden könnten, sondern daß auch noch für anderweitige Zwecke Geld vorhanden wäre. Also, werthe Verbandsgenossen, schafft die nöthige Munition herbei!

Was nun die Agitation selbst betrifft, so wollen wir einmal im Lande Umschau halten über die Orte, welche unserer Meinung nach baldigst von uns „heimgesucht“ und Verbindungen mit ihnen angeknüpft werden sollten.

In der Provinz Ostpreußen ist es das einzige Königsberg, wo wir Fuß gefaßt haben. Wir nennen nun bedeutenden Städten, in denen die Metallindustrie heimisch ist und in denen namentlich Maschinenfabrikation betrieben wird, nur Memel, 19,300 Einwohner, Elbitz, 24,600 Einwohner, Gumbinnen, 12,000 Einwohner, Insterburg, 22,000 Einwohner, Lyck, 8600 Einwohner, Rastenburg, 7200 Einwohner, Wehlau, 5300 Einwohner, Allenstein, 19,200 Einwohner.

In Westpreußen besitzen wir Verwaltungsstellen in Danzig und Elbing; es kommen hier in Betracht Thorn, 27,000 Einwohner, Marienburg, 10,300 Einwohner, Dirschau, 11,900 Einw., Graudenz a. d. Weichsel, 20,400 Einw., Kulm, 11,200 Einw., Marienwerder, 8000 Einw.

In Posen besitzen wir noch gar keine Verbindungen. Die bedeutendsten Orte sind: Posen, 69,600 Einw., Bromberg, 41,500 Einw., Gnesen, 18,100 Einw., Inowrazlaw (Jung-Breslau), 16,500 Einw., Rawitsch, 12,400 Einw., Schneidemühl, 14,000 Einw.

Die Provinz Schlesien bietet noch das weiteste Arbeitsfeld, bis jetzt haben wir Verwaltungsstellen nur in Breslau, Görlitz, Haynau, Brieg und Paruschowitz. Folgende Orte besitzen u. A. eine bedeutende Metallindustrie: Liegnitz, 46,900 Einw., Schweidnitz, 24,700 Einw., Gleiwitz, 19,700 Einw., Beuthen (Oberschlesien), 30,800 Einw., Bunzlau, 12,900 Einw., Glatz, 13,500 Einw., Glogau, 20,500 Einw., Grünberg, 16,100 Einw., Hirschberg, 16,200 Einw., Jauer, 11,600 Rattowitz, 16,500 Einw., Königshütte, 36,500 Einw., Lauban, 12,000 Einw., Laurahütte, 9200 E., Leobschütz, 12,600 Einw., Meisse, 22,400 Einw., Neustadt in Oberschlesien, 17,600 Einw., Oels, 10,200 Einw., Oppeln, 19,200 Einw., Ratibor, 20,700 Einw., Striegau, 12,400 Einw., Waldenburg, 13,400 Einw., Zabrze, 14,000 Einw., Altmasser, 8100 Einw., Zositz, 6100 Einw., Frankenstein, 8700 Einw., Goldberg, 6700 Einw., Greifenberg 3000 Einw., Kosenau, 3200 Einw., Ramslau, 6100 Einw., Neusalz a. d. O. 8500 Einw., Sproitau, 7600 Einw., Tarnowitz, 8500 Einwohner.

(Schluß folgt.)

Eine bemerkenswerthe Entscheidung

hat die k. Regierung von Mittelfranken erlassen. Der Bürgermeister von Erlangen, Herr Dr. Schuh, ist bekanntlich den Arbeiterorganisationen nichts weniger als gewogen, unter seiner Regierung hatten besonders die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht wenig zu leiden. Verschiedene gewerkschaftliche Vereinigungen, die unbeanstandet in den verschiedensten Orten Deutschlands bestehen, wurden von Herrn Bürgermeister Schuh in Erlangen nicht geduldet oder als politische Vereine erklärt. Unter anderem wurde auch durch Magistratsbeschuß vom 3. September v. Js. die Filiale des Verbandes aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde an die k. Regierung gerichtet und von dieser am 11. Dezember vor. Js. folgende Entschlie-

nach vorausgegangener Verhandlung erlassen:

- 1) Es sei der angefochtene Beschuß des Stadtmagistrats Erlangen außer Wirksamkeit zu setzen.
 - 2) Beschwerdeführer habe die Kosten des Verfahrens II. Instanz zu tragen, wobei jedoch Gebühren außer Ansatz bleiben.
- Die Entscheidungsgründe sind wörtlich folgende:

Am 9. Juni 1890 machte der Spinnfabrikarbeiter Johann Vogt zu Erlangen beim dortigen Stadtmagistrat die Anzeige, daß sich daselbst ein Textilarbeiter-Fachverein für Erlangen und Umgebung gebildet habe, wobei derselbe zugleich ein Exemplar der Vereinsstatuten und ein Verzeichniß der Vereins-Vorstandsmitglieder übergab.

Mit Plenarbeschuß des Magistrats Erlangen vom 12. Juni 1890 wurde der genannte Verein, weil sich dessen Zweck ausschließlich der vorgelegten Statuten auch auf öffentliche Angelegenheiten erstreckt, als politischer Verein erklärt, dieser Beschuß jedoch auf erhobene Verurufung des Vereinsvorsitzenden des Johann Vogt durch Regierungs-Entscheidung vom 30. April 1891 außer Wirksamkeit gesetzt. In dieser Regierungs-Entscheidung ist ausgeführt, daß zur Zeit, insbesondere aus den übergebenen Statuten, sowie aus dem bisherigen Verlaufe der eigentlichen Vereinsversammlungen genügende Voraussetzungen nicht entnommen werden konnten, um fraglichen Verein für einen politischen zu erachten, daß vielmehr diese Voraussetzungen erst dann als gegeben erachtet werden könnten, wenn Erfahrungen gemacht würden, daß der Fachverein politische Zwecke verfolgt oder daß er zu Versammlungen öffentlicher oder allgemeiner Einladungen erläßt, worin öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen.

Vorstehende Entschlieung wurde dem Vorstande, Johann Vogt, am 12. Mal 1891 eröffnet.

Am 24. August 1891 machte derselbe beim Stadtmagistrat Erlangen die Anzeige, daß sich der Fachverein der Textilarbeiter für Erlangen und Umgebung aufgelöst hat und daß sich die Mitglieder desselben bei dem Erlangen und Umgebung aufgelöseten Verbande der in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands mit dem Sitze in Berlin angeschlossen und eine Filiale dieses Verbandes in der Stadt Erlangen gegründet haben, daß sich das Vereinslokal im Gasthaus zum Anker befindet und daß die Leitung des Vereins durch ihn als Vorsitzenden, den Fabrikarbeiter Peter Gelger als Kassier und den Fabrikarbeiter Johann Albrecht als Schriftführer erfolge. Daraufhin wurde durch Beschuß des Magistrats vom 8. September die Filiale Erlangen obengenannten Verbandes als politischer Verein erklärt und im Hinblick auf Art. 19 Ziff. 4 des Vereinsgesetzes und Ziff. 29 und 30 Abs. 3 der Vollzugsvorschriften hiezu, geschlossen.

Dieser Beschuß ist damit begründet, daß, gleichwie der Verband vermöge seiner Thätigkeit, welche über die eigene Thätigkeit der einzelnen Vereinsmitglieder hinausgehend in die Rechts- und Interessensphäre Dritter hinüberreicht, und gemäß § 2 seiner Statuten die allgemeine Verbesserung der materiell-wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes im Wege einer geänderten Gesetzgebung und Verwaltung in den Bereich seiner Vereinsbestrebungen gezogen habe, so auch die Filiale Erlangen, unbeschadet ihres Anschlusses an den Verband und ihrer organischen Verbindung mit demselben vermöge ihrer örtlichen Organisation auf Grund der Verbandsstatuten als selbständiger politischer Verein zu betrachten sei und als solcher dem Affiliationsverbote des § 17 des Vereinsgesetzes unterliege.

Der Bescheid wurde dem Vorstand Vogt am 10. September zugestellt, worauf derselbe gegen diesen Beschuß die Verurufung zur kgl. Regierung einlegte. In der Verurufungsschrift wird ausgeführt, daß sowohl der Verband als die Filiale Erlangen als politischer Verein schon deshalb nicht betrachtet werden kann, weil durch § 1 der Statuten die Erörterung politischer Fragen ausgeschlossen sei und der Verband nur durch die Vereinerung der Arbeiter nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung seinen auf Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen gerichteten Zweck zu erreichen suche, daß der Verband deshalb auch keine Veränderung der Gesetzgebung herbeiführen wolle, vielmehr auf dem Boden des Gesetzes stehe. Es werde deshalb gebeten, die Schließung der Filiale als ungerichtlich zu erklären und den Magistratsbeschuß außer Wirksamkeit zu setzen.

In der nun abgehaltenen Sitzung der k. Regierung, zu welcher der Beschwerdeführer geladen, aber nicht erschienen war, wurde von dem beauftragten Referenten über den Sachverhalt Vortrag erstattet, wobei die Aktenstücke verlesen wurden. Die rechtliche Würdigung der Sache hat folgendes ergeben:

In formeller Beziehung ist die gegen den erstinstanzlichen Beschuß erhobene Beschwerde

hin Hinblick auf Art. 22 des vorgenannten Gesetzes rechtzeitig und richtig erhoben, deshalb in keiner Weise zu beanstanden.

Dah die Filiale Erlangen als ein selbstständiger Verein im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten ist, kann mit Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder, das Vorhandensein einer eigenen Vorstandschaft und eines besonderen Vereinslokals keinen begründeten Zweifel unterliegen, ist übrigens auch unbestritten. Bestritten ist lediglich die Thatsache, daß die genannte Filiale ein politischer Verein sei. Diese Frage ist daher zunächst und ausschließlich zu würdigen, da sie zugleich präjudizial erscheint für die Entscheidung der Frage der Schließung des Vereins, denn nur dann, wenn die Filiale als ein politischer Verein sich darstellt, ist dem Affiliationsverbote des Art. 17 des Gesetzes unterworfen und kann wegen Uebertretung dieses Verbots nach Art. 19 Ziff. 4 deren Schließung erfolgen.

In Art. 14 des Gesetzes sind als politische Vereine diejenigen bezeichnet, deren Zweck sich auf die öffentlichen Angelegenheiten bezieht. Öffentliche Angelegenheiten sind aber solche, welche sich auf die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Staats beziehen, solche bei welchen das öffentliche Interesse des Staats in Frage kommt.

Es muß demnach bei Erörterung von Vereinsangelegenheiten das staatliche Gebiet berührt werden, es müssen die Organe und die Thätigkeit des Staates in Anspruch genommen werden, wenn öffentliche Angelegenheiten in Frage stehen sollen. Diese Voraussetzungen sind aber insoweit nicht gegeben, als sich ein Verein innerhalb der durch § 152 der G.-O. gezogenen Grenzen mit der Förderung konkreter Fälle begnügt, und das Gebiet des gewerblichen Lebens nicht verläßt. Die Beschäftigung mit der Streikbewegung oder dem Arbeitsnachweis, die Regelung der Arbeitszeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit, der Uebersundenarbeit u. s. w. kann deshalb an und für sich nicht für ausreichend erachtet werden, eine gewerkschaftliche Vereinigung als einen politischen Verein zu erklären, sofern nicht dabei eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Wege der Gesetzgebung oder mit Aenderung der bestehenden Staatsverfassung oder Staatsverwaltung anstrebt wird. Erst wenn solche auf eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung, der Verfassung oder Verwaltung des Staates gerichtete Bestrebungen eines Vereins zu Tage treten, erst dann ist derselbe als ein politischer zu erklären. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob diese Bestrebungen in den Vereinsstatuten ihren formalen Untergrund haben, oder ob sie in der Thätigkeit des Vereins nach Außen, in den Vereinsversammlungen und dergleichen ihren Ausdruck finden. Was nun zunächst die Satzungen der Filiale betrifft, so sind solche mit jenen des Verbands selbst identisch. Nach § 1 dieser Satzungen besteht aber der Vereinszweck darin, daß durch eine Vereinigung aller in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe des § 152 der Gew.-O. möglichst günstige Arbeitsbedingungen erzielt werden sollen. Damit hat sich aber der Verband und die demselben angehörte Filiale Erlangen von Anfang an auf den Boden des Gesetzes gestellt, und um seinen Charakter als eines nicht politischen Vereins noch besser hervortreten zu lassen noch ausdrücklich hinzugefügt, daß Erörterungen politischer und rechtlicher Fragen ausgeschlossen sind. In § 2 des Verbandsstatuts sind sodann als Mittel zur Förderung des Vereinszwecks bezeichnet:

- a) eine geregelte, der modernen Technik entsprechende verkürzte Arbeitszeit; b) Abschaffung der Sonn- und Feiertags-, sowie der Uebersundenarbeit; c) Vornahme statistischer Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse; d) Regelung des Verkehrs- und Herbergswesens, sowie des Arbeitsnachweises; e) Anstehung gleicher Löhne für gleiche Leistungen; f) Arbeitsunterstützung; g) unentgeltlicher Rechtsschutz bei gewerblichen Streitigkeiten.
- Alle diese Mittel zur Förderung des Vereinszwecks fallen, soweit sie nicht, wie jene unter lit. d und f zur Erleichterung des besseren Fortkommens der Verbandsmitglieder dienen, unter den Gesichtspunkt der den Arbeitern nach § 152 der H. G. O. eingeräumten Koalitionsfreiheit und betreffen somit durchwegs immer gewerbliche Angelegenheiten der Arbeiter; dieselben können und sollen nach § 1 des Statuts erreicht werden auf Grund des § 152 der H. G. O., ohne daß eine Aenderung der Gesetzgebung oder eine Aenderung der bestehenden Staatsverwaltungsgrundsätze eintritt. Sie liegen also auch nicht auf einem von dem hoheitlichen Interesse des Staates beherrschten Gebiete. So lange sich aber die Verbandsfiliale innerhalb dieser gesetzlich festgesetzten Grenzen hält und auf das Gebiet der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung nicht hinausgreift, so lange kann dieselbe auch nicht als politischer Verein betrachtet werden.

Was Johann die Vereinshaltung der Filiale betrifft, so kann diese nach ihrer historischen Entwicklung gewissermaßen als eine Fortsetzung des im Jahre 1890 zu Erlangen gegründeten Regulararbeitersvereins angesehen werden, welcher sich im August 1891 freiwillig auflöste, wie auch die Statuten des aufgelösten Fachvereins und der neugegründeten Filiale große Ähnlichkeit mit einander haben. Auch dieser Fachverein wurde vom Magistrat Erlangen als politischer Verein erklärt, jedoch auf erhobene Beschwerde seitens des Vereinsvorstandes von der kgl. Regierung als nichtpolitischer Verein anerkannt und der betreffende Magistratsbeschluss außer Wirksamkeit gesetzt. Dieser Fachverein hat während der Zeit seines Bestehens nach Inhalt der magistratischen Akten vier öffentliche und drei Vereinsversammlungen abgehalten, welche sämtlich politisch beschuldigt waren, aber zu einer Beanstandung oder polizeilichen Einschreitung keinerlei Anlaß gegeben haben. Der neu gegründete Verein hat aber auch keine in die äußere Thätigkeit tretende Thätigkeit entfalten können, weil er schon kurze Zeit nach seiner Umwandlung bei der Polizeibehörde von dieser als bald geschlossen wurde. Es liegen also auch auf Seite des Vereins keine Thatsachen vor, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß die Verbandsfiliale im Widerspruch mit ihrem statutenmäßigen Vereinszweck Handlungen unternommen habe, welche einen Eingriff in das von dem hoheitlichen Interesse des Staates beherrschte Gebiet der Gesetzgebung oder der Staatsgewalt involviren.

Nach alledem stellt sich der magistratische Beschluss vom 8. September 1891, wodurch die Verbandsfiliale Erlangen als politischer Verein erklärt und im Hinblick auf Art. 19 Abs. 4 des Vereinsgesetzes geschlossen wurde, als gesetzlich nicht begründet dar, da, wie bereits oben bemerkt, das in Art. 19 enthaltene Affiliationsverbot sich nur auf politische Vereine erstreckt, während andere Vereine von diesem Verbote nicht berührt werden. Es war deshalb auch der magistratische Beschluss vom 8. September 1891 auf hiegegen rechtzeitig erhobene Beschwerde außer Wirksamkeit zu setzen.

Diese Entschließung ist für die Arbeiterbewegung in Bayern besonders deshalb von Interesse, weil darin der Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ eine eingehende und gegen die frühere Auffassung nicht zu Ungunsten der Arbeiter modifizierte Erläuterung gefunden hat. Daß diese Belehrung in diesem Fall Hrn. Dr. Schuch zu Theil wurde, kann für den zukünftigen Bürgermeister von Nürnberg nur von Vortheil sein: er wird hoffentlich in Zukunft etwas vorsichtiger werden. Dr. Schuch, der stets gewöhnt war, mit dem Strom zu schwimmen, wird diesen Wink mit dem Scharfsinn“ wird ihn jedenfalls nicht hindern, sich der neuen Auffassung anzubequemen.

Der Buchdruckerstreik

ist beendet. Die Gehilfen nehmen die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder auf. Der „Vorwärts“ zieht daraus folgendes Fazit:

Selbst die gesetzigte Gewerkschaft kann nur auf einen Theil ihrer Mitglieder unter allen Umständen zählen, gleichviel ob sie mit losenden Kassenvorthellen verknüpft ist oder nicht.

Diesjenige Organisations ist die beste im Kampfe, in deren Verwaltung die Klasseninstitution Staat sich am wenigsten einmischen kann.

Die propädeutische Unterstützungsfähigkeit der internationalen Arbeiterschaft muß eine solch funktionierende dauernde Organisation erhalten.

Jedes Gewerbe ist abhängig von der allgemeinen Geschäftslage; vor jeder gewerblichen Bewegung ist diese in Rechnung zu ziehen.

Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung über den früheren Verdienst hinaus sind innerhalb eines ganzen, großen Produktionsgebietes nicht auf einmal allgemein durchzuführen.

Die privaten Schiedsgerichte und die private Tariffgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter sind zur Regelung des Erwerbslebens unfähig; über den wirklichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit entscheidet trotz ihrer jedesmal das Marktverhältnis.

Die Zahl der ganz und zum Theil Arbeitslosen ist im Buchdruckerstande weit größer als was trotz aller Statistiken anthe. Auch das Buchdruckergerwebe ist bereits pauperisiert.

Die Staatsgewalt erwies sich als Schutzherrin des Unternehmerinteresses.

Die Buchdruckerbesitzer konnten den

Neunkundentag bewilligen, schütten ihn aber angesprochenem im Klasseninteresse ab. Die Unternehmer anderer Gewerbe machen deshalb mit den Buchdruckerbesitzern gemeinsame Sache.

Die Arbeiterschaft der ganzen Kulturwelt trat dem entgegen für die Buchdruckergehilfen in die Schranken.

Der Streik war sonach ein Klassenkampf im echten Sinne des Wortes.

Diese Erkenntnis erlebte die Arbeiterschaft eines ganzen Gewerbes, dadurch müßte sie sich von dem Glauben an die vermeintliche Güte unserer gesellschaftlichen Ordnung, soweit er bei ihr noch vorhanden war, emanzipiren und in Konsequenz dessen sich der Sozialdemokratie anschließen, wie es durch die beglücklichen Beschüsse in Berlin und anderen Orten auch formell geschah.

Das ist der Gewinn für die Sozialdemokratie.

Die Buchdruckergehilfen selbst erlangen durch die Loslösung von der proletarischen Tariffgemeinschaft ihre Bewegungsfreiheit wieder und durch den Streik selbst die Durchbrechung des Neunkundentages, der nunmehr zu den verwerfenden Einrichtungen gehört.

Den eigentlichen Schaden haben die Leiter der Buchdruckerbesitzer zu tragen. Durch die Aufgabe der Tariffgemeinschaft verlieren sie gewissermaßen das Duopolmonopol. Die Welt ist aber nicht dazu da, um jene Handvoll Leute zu Milliarden aufzupöppeln. Sie werden zu den proletarischen Verlusten bald auch noch die Erfahrung substituiren müssen, daß der Gipfel der sozialpolitischen Weisheit, den sie durch ihre Negation der Gehilfenforderungen erklimmen zu haben hoffen, doch nur der tarpejische Felsen ist für die Idee des bürgerlichen Privateigentums im Buchdruckergerwebe.

Korrespondenzen.

Formen.

Peine. Wie schon bekannt aus der Nummer 45, 47, 51 der „Metallarbeiter-Zeitung“, hat sich die Lage der Formen hier noch nicht gebessert. Zunächst müssen die beiden Formen Aug. Hillebrecht und Ernst Schwalz als Streikbrecher erwähnt werden, indem die Fabrikanten Westphal in Hannover den Streik proklamirt haben. Diese beiden haben ihre Kollegen bei dem Meister und dem Herrn angeschwärzt. Auf dieses entspann sich am 8. Januar eine Streitigkeit zwischen den Formen Hillebrecht und Schönborg, die dahin auslief, daß der Herr Westphal alle Formen aus der Fabrik entfernte bis auf H. und Sch. Auch hat er die beiden gleich zum Meister gebracht. Eine schöne Einrichtung: 3 Meister und 1 Former. Auf dieses haben die Formen eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen und war zu derselben ein Referent aus Hannover erschienen, der sich seiner Sache in 1 1/2 stündiger Rede zur größten Zufriedenheit entledigt hat. Zu bemerken ist noch, daß auch die beiden Herrn Westphal zu der Versammlung erschienen waren und es beim zweiten Punkt der Tagesordnung zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Former Kowalenst und den Herren Westphal kam. Es wurde eine Resolution eingebracht, die dahin lautete, daß alle Formen die Arbeit wieder aufzunehmen, mit Ausnahme des Formers Kowalenst, weil dieser darauf verzichtet.

Gelgießer und Gürtler.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Sektion aller in Gelgießereien, Gürtlereien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter Hamburgs hielt am 6. Januar 1892 bei d. Salzen eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Gewerbliche Bildung und Lehrlingswesen.“ G. Weisinger, welcher über diesen Punkt referirte, führte u. A. aus, daß die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge sehr viel zu wünschen übrig ließe, denn bei der heutigen Theil- und Affordarkeit sei an eine tüchtige, vernünftige Ausbildung der Lehrlinge nicht zu denken. Die Unternehmer und Fabrikanten betrachten die Lehrlinge von heute nur noch als Ausbeutungsobjekte. Es gebe Werkstätten, wo die Zahl der Lehrlinge die Zahl der Gesellen weit überwiegt und da könne an eine tüchtige Ausbildung der Lehrlinge ebenfalls nicht gedacht werden. Pflicht des Staates sei es, Staatslehrwerkstätten einzurichten, woselbst die jungen Leute in dem Beruf, den sie wählen, nach allen Seiten hin tüchtig ausgebildet werden. Die Einrichtung solcher Lehrwerkstätten sei allerdings mit großen Kosten verknüpft, aber durch die Produkte, die in den Lehrwerkstätten hergestellt werden, würden die Kosten nach und nach wieder gedeckt. Ferner mied darauf hin, daß man für Kasernenbauten stets die Mittel habe, obgleich das Volk den größten Schaden und nicht den geringsten Nutzen davon habe. Für derlei nützliche Kulturinstitutionen, wie es die Staats-Lehrwerkstätten sind, sei leider nie Geld vorhanden. Bei der heutigen fort-

schreitenden Entwicklung der maschinellen Technik verdrängt das Handwerk immer mehr an Boden. Es müßten auch Mittel und Wege beschafft werden, um einer unvernünftigen Ueberproduktion Gehalt zu geben. Auf das Verhältnis der Gesellen zu den Lehrlingen übergehend, betonte der Redner, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, die Lehrlinge so tüchtig als möglich auszubilden, und nicht in Schroffer, sondern stets in humaner Weise zu behandeln, denn durch eine gute Behandlung fühlten die Lehrlinge sich mehr zu den Älteren Arbeitern hingezogen und seien eher für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Der Redner ermahnte von der Versammlung reichen Beifall. Nachdem der Bevollmächtigte noch die Kollegen aufgefordert hatte, sich reger an der nächsten gemeinschaftlichen Sektionsversammlung zu beteiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Carlsruhe. Die allgemeine Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 10. Januar ihre halbjährliche Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte G. Waldmann eröffnete die Versammlung und erstattete einen kurzen Bericht über die bisherige Thätigkeit des Verbandes und die örtliche Verwaltungsverhältnisse; er beantragte anstatt der Mahnzettel an die Restanten keine „Metallarbeiter-Zeitung“ mehr zu senden und so die Mitglieder an ihre Verpflichtungen zu erinnern, da die Mahnzettel oft ungünstig aufgenommen werden. Nach längerer Debatte wurde jedoch beschlossen, dieselben beizubehalten. Dann wurden die Ausgeschlossenen verlesen und die Erklärung des Hauptvorstandes, sowie verschiedene Zuschriften entgegengenommen. Als Delegirte zu dem am 14. März l. J. in Halberstadt stattfindenden Gewerkschafts-Kongress wurde Hauptvorstand Junge und Sekretär Schläke vorgeschlagen. Zum Punkt 2 erstattete Kassier Kurz einen Bericht. Zu Punkt 3 stellte Hilfskassier Wächler den Antrag, die Zahlstelle bei Restaurateur Pfinger, Fabrikstraße, eingehen zu lassen; es wurde dem entsprechend beschlossen und sollen die hierdurch ersparten Ausgaben den drei Hilfskassieren zugut kommen. Als Hilfskassier wurden gewählt bei Wieland zur Regelsbahn: Pfinger, bei Scheib, Schindenerstraße: Bauer, bei Bäuerle, Rosenaustraße: Schloffer. Mehrere Mitglieder wurden ausgenommen. Bei Punkt 5 referirte der Bevollmächtigte über den Stand des Buchdruckerstreiks und forderte die Mitglieder zur fleißigen Zeichnung von Beiträgen auf. Ein Antrag von Kollege Keller, die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsverhältnisse sollen sich verpflichten, einen bestimmten wöchentlichen Beitrag zu zahlen, wurde von der Mehrzahl abgelehnt. Dagegen ein Antrag von Kollege Wehagen, in möglichster Eile zu Gunsten der streikenden Buchdrucker ein Konzert abzuhalten, einstimmig angenommen.

Eisenburg. Am 9. Januar hielt die Verwaltungsverhältnisse des D. M. V. ihre Mitgliederversammlung ab. Der Kassierbericht für November und Dezember war folgender: Ueber Kassensbestand M. 71,88, Beitragsgeld von 10 männlichen Mitgliedern à 15 = 150 M., 649 Beiträge à 15 = 9735 M., 72 Extramarken à 10 = 720 M., von zwei Abkommen der „Metallarbeiter-Zeitung“ M. 1,20, Ueberschuß vom Uebertrittskränzchen M. 11,95, Summa M. 192,58. Daraus stand eine Ausgabe gegenüber von: für Reiseunterstützung M. 27,19 (1359 1/2 Kilometer à 2 S.), 12 M. an die Buchdrucker, für örtliche Ausgaben M. 5,63, an die Hauptkasse eingekandt 50 M., jetziger Kassensbestand M. 109,76, Summa M. 192,58. Die Zahl der Mitglieder war 68, jetziger Stand 71. Die Abrechnung war von den Mitgliedern geprüft und für richtig befunden. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Zweiter Punkt war die Wahl eines Kassiers, dieselbe fiel auf Kollege Schulz, Dreher, welcher das Amt dankensannahm. Zu verschiedenen wurde beschlossen, den streikenden Buchdruckern 12 M. zuzuwenden. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Bevollmächtigte die spärlich besuchte Versammlung. — Die Wohnung des Kassiers befindet sich Promenade 7, 1 Tr. Briefe und Sendungen an denselben. Reiseunterstützung wird ebenfalls von 12 bis 1 Uhr Mittags und 7 bis 8 Uhr Abends ausbezahlt.

Chrenfeld. Die hiesige Verwaltungsverhältnisse des D. M. V. hielt am 3. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In einem Vortrage führte Kollege Müller den Zweck und Nutzen der Arbeiterorganisationen aus. Die letzten Jahre seien für die Organisationen eine Zeit der Verfolgung gewesen; während früher die Unternehmer bei der Verdrängung der Arbeiter in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen waren, gab das Sozialistengesetz den Behörden es in die Hand, das Vereinsrecht zu unterdrücken. Trotzdem hätten die Arbeiter ihre Organisation hoch gehalten und wären dieselben heute zu einer Macht geworden, mit

busitzgewelges (Werkzeuge- und Leder-Industrie) vereinigen sich und bilden einen Verband mit Namen Union (sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Werkzeug- und Lederindustrie).

den Schlosser Gottfr. Engelmann eingeleitet ist.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Aachen. (Sektion der Former.) Sonntag, 24. Januar, außerordentliche Versammlung.

Stadt. Vorschlag eines Kandidaten zum 18. Jahres-Vertrauensmann. Abrechnung von November und Dezember. Fragekasten und Verschiedenes.

lung in Bethmann's Hotel. Vortrag des Herrn Dr. C. Küger aus Elberfeld. Thema: Die bakteriologischen und bakteriologischen Krankheitserscheinungen und deren natürlichste Heilmethoden.

Anzeigen.

Nachruf. Am 29. Dezember starb unser Kollege Karl Stöfler noch 26wöchentlichem schweren Leiden im Alter von 51 Jahren an einer Magenverhärtung.

Feilenhauerei-Verkauf.

In einer gewerbsamen Oberamtsstadt des Württembergers Oberlandes, habe im Auftrage eine ausgearbeitete Feilenhauerei zu verkaufen.

Aufforderung. Hierdurch ersuche ich den Former Louis Art aus Sorenzob (Schlesien), mir umgehend seine Adresse zu senden und seinen Verpflichtungen gegen den Fachverein zu Limbach nachzukommen.

Aufforderung. Wir ersuchen den Schlosser Max Margnowsky, wohnhaft in Gaarden b. Kiel, in Arbeit auf der Germania Werft, seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle Limbach nachzukommen.

Der Zinngießer Schmidt aus Koblenz wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen den hiesigen Verein nachzukommen.

Die Entschädigungs-Ansprüche der Arbeiter bei Unfällen. Zusammenstellung der nach den Entschädigungen des Reichsversicherungs-Amtes den Verletzten bewilligten Renten...

Protokoll des allgemeinen Deutschen Metall-Arbeiter-Kongresses und der Kongresse der Klempner, Schlosser, Former, Feilenhauer und Mechaniker zu Frankfurt a. M. 1891.

Technicum Mittweida. Maschinen-Ingenieur-Schule. Werkmeister-Schule. Vorunterricht. etc.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes halten fest an der auf dem Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. beschlossenen Organisationsform in der Ueberzeugung, daß den in der Großindustrie beschäftigten Arbeitern ein wirksamer Rückhalt nur geboten werden kann, wenn sie sich in großen Organisationen vereinigen, die eine einheitliche Leitung ermöglichen und im Stande sind, gegebenen Falls ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen zc. aus eigenen Mitteln zu unterstützen.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind bereit, ein Uebereinkommen sämtlicher Gewerkschaften nach Kräften zu unterstützen, soweit es sich um eine gegenseitige Unterstützung bei außerordentlichen Lohnkämpfen zc. handelt.

Zu diesem Behufe wird die Errichtung einer Generalkasse empfohlen, in welche alle beteiligten Gewerkschaften — ein Zwang kann nicht stattfinden — einen bestimmten, nach der Kopfzahl berechneten Beitrag leisten.

Wird auf letztgenannte Unterstützung Anspruch erhoben, so ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerkschaften, bezw. der von den einzelnen Gewerkschaften aufgestellten Delegierten des Verwaltungsrates erforderlich.

Der Verwaltungsrath besteht aus je einem Mitglied der beteiligten Gewerkschaften. Derselbe ernannt den Generalkassierer, sowie einen aus fünf Personen bestehenden Exekutiv-Ausschuß. Ersterer hat die Kasse zu verwalten, letzterer die Kassenführung zu überwachen und in Gemeinschaft mit dem Generalkassierer die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Weber der Generalkassierer noch die Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses dürfen eine leitende Stelle in einer Gewerkschaft bekleiden, um zu verhindern, daß die eine oder andere Gewerkschaft bevorzugt wird.

Frankenthal. Montag, 25. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Grob. Tagesordnung: Abrechnung für November und Dezember und Verschiedenes.

Göppingen. Samstag, 23. Jan., Versammlung im Lokal Dir. J. Tagesordnung: Entlassungnahme zum Gewerkschaftskongress.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der Brauerei Weismantel. Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Frankfurt a. M. Samstag, 23. Januar, Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Protokolllesen. Die Resolution des Hauptvorstandes.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) H. P. M. Dieck Verlag) ist soeben das 16. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Fall Ratz. — Der Sozialismus in Rußland. — Die Städterei und der Sozialismus. — Von K. Dornica Rieumenhuit. — Aus dem badiischen Gefängnisleben. — Von H. Damrat. (Schluß) — Notizen. — Familien: Der Traum Kafars. Eine Weihnachtsgeschichte von W. Korolenco. (Schluß)

Briefkasten.

Görlich. Ueber eine Versammlung vom 23. November d. J. können wir unmöglich jetzt noch einen Bericht bringen. Sp. Offenbach. Die Belohnung wird vom Hauptvorstand bezogen, jedes Mitglied erhält dieselbe gratis. Wir bitten um Mittheilung, von welcher Verwaltungsstelle der Nachruf für